

Zu ökonomischen Problemen einer sozialen Politik

Das Soziale und dementsprechend die Sozialpolitik sind originär ökonomisch– wie auch das Ökonomische originär sozial. Trotz ihrer jeweiligen Eigengesetzlichkeit und Eigendynamik sind sie untrennbar miteinander verbunden. Beide Aspekte prägen soziale Aktivitäten in der Geschichte überhaupt – sei es die Armenpflege der europäischen Städte und der christlichen Kirchen, die spezifischen Formen der Fürsorge in der islamischen Welt, die Sozialreformen unter Bismarck oder das schwedische „Volksheim“. Es ging bzw. geht immer um die Stabilisierung von Eigentums- und entsprechenden Machtverhältnissen sowohl in Politik wie in Wirtschaft. Bis heute geht es um die Frage, ob eine soziale Politik möglich ist, die sich nicht in den Grenzen des Bermuda-Dreiecks von Privateigentum, Markt und Konkurrenz bewegt.

Diese Frage beschreibt den Ausgangspunkt der Sozialpolitik in der DDR und die damit verbundenen Möglichkeiten und Grenzen.¹ Mit dem Zerbrechen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung konnte man Formen der sozialen Absicherung (etwa die Sozialversicherungsträger, Kinderbetreuung, gesundheitliche Versorgung usw.) übernehmen. Ihre Ausrichtung musste sich jedoch verändern, wenn man über einen gut organisierten bürgerlichen Sozialstaat hinausgehen wollte. Für die proletarische und auch bürgerliche Linke waren soziale Forderungen vor allem Element des Schutzes der ArbeiterInnen und der Schwachen in der Gesellschaft überhaupt gewesen. Es war ein Kampf um einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum. Der Sozialdemokratie erschien dies als Klassenkompromiss, der in einem Verteilungssozialismus auslaufen sollte, der kommunistischen Strömung als Klassenkompromiss auf dem Weg zur Klärung der Eigentums- und Machtfrage. Beiden Richtungen war gemein, dass Sozialpolitik über den Staatshaushalt und über Gesetzesprojekte gedacht wurde, die ihrerseits

¹ „Möglichkeit“ ist eine der unverständlicherweise wenig und wenn dann ungenau genutzten Kategorien gerade auf dem hier zu betrachtenden Feld. siehe Dietrich Wahl: Ernst Bloch über die Möglichkeit und linke Diskurse, in: Utopie kreativ, 195 (Januar 2007), S. 63–72.

in einen mehr oder weniger freien Markt intervenierten. Aus z.T. völlig verschiedenen Interessen heraus sollten so die gesellschaftlichen Strukturen stabilisiert, nicht grundlegend verändert werden.² Die unmittelbaren ökonomischen Gegebenheiten waren dem Zugriff der Exponenten einer sozialen Politik weitgehend entzogen.

Mit dem Zusammenbruch der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung veränderte sich diese Situation radikal. Von einer „nichtökonomischen“ Sozialpolitik galt es zu einer Sozialpolitik überzugehen, die die Zwänge sowohl der ökonomischen als auch der sozialen Sphäre sowie ihre Verflechtungen in Rechnung zu stellen hatte. Das dies nicht gelang wird meist vor allem mit subjektiven bzw. politischen Faktoren erklärt – etwa dem Staats-, Demokratie- und Parteiverständnis im Realsozialismus. Das ist richtig, erschöpft aber das Problem nicht. In gleichem Maße wichtig ist die Frage, welchen ökonomischen Dynamiken das politische System allgemein und der Wirtschaftsmechanismus im Besonderen *nicht* entsprechen konnte. Dies soll im vorliegenden Beitrag vor allem an Hand der Debatten der späten 1980er Jahre nachvollzogen werden. Ob man den Realsozialismus nun als Sozialismus oder nicht betrachtet ist dabei irrelevant – die Probleme und Widersprüche eines wie immer gearteten im Übergang von einer bürgerlich-kapitalistischen zu einer nachkapitalistischen Produktionsweise dürften auch heute ähnlich sein.

Die historisch-kulturelle Herausforderung

Der Übergang von der Gestaltung sozialer Prozesse über den Ausgleich von individuellen Defiziten und Diskriminierungen, wie sie aus der Marktkonkurrenz erwachsen zu einer Sozialpolitik, die auf emanzipatorische Gesellschaftsveränderung gerichtet ist, verschiebt die Anforderungen an

² Zu den Ausgangspunkten der Sozialpolitik in der DDR siehe Horst Barthel: Anfänge einer neuen Sozialpolitik, in: Günter Manz/Ekkehard Sachse/ Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR: Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001, 35–44

Institutionen, Akteure, Maßstäbe und vor allem den Charakter der Triebkräfte völlig. Die Totalität der gesellschaftlichen Beziehungen und das Zusammenwirken der Phasen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses waren auf andere Weise in den Blick zu nehmen. Der Übergang von der kapitalistischen Form der Vergesellschaftung, die auch vor allem in den 1920er Jahren vielfältige Formen sozialer Sicherung einschloss, zu denen einer nachkapitalistischen Gesellschaft musste dieses Niveau aufheben, d.h. aufnehmen und selbst aus den teils korporatistischen, kolonialistischen bzw. neokolonialistischen sowie weiteren Begrenzungen (geschlechterpolitischen, rassistischen usw.) lösen. Bereits das ist ein ökonomisches Problem, weil damit die in der Arbeitswelt präsenten Hierarchien und das damit verbundene Sozialprestige, entsprechend auch die Wertschätzung der eigenen Arbeit in Frage gestellt werden. Erst recht gilt dies für Traditionen und Gewohnheiten. Sozialpolitik sollte nicht mehr vom Klassenkonflikt bzw. der Stabilisierung der Klassengesellschaft her betrieben werden, sondern die Überwindung der Klassengesellschaft befördern, musste also an anderen Widersprüchen und Konflikten ansetzen. Es ging damit nicht nur um eine radikalere Sozialpolitik, sondern um eine qualitativ andere, um den Übergang von Sozialpolitik zu einer *sozialen Politik*, um eine Veränderung der Kriterien und Ziele in allen Politikbereichen.³ Diese Herausforderung gilt es auch in Rechnung zu stellen, wenn heute Losungen, wie „Eine Wirtschaft für die Menschen“ u.ä. proklamiert werden.

Die Verteilungsfrage

Natürlich liegt auf der Oberfläche immer die Verteilungsfrage. Letztlich steht und fällt mit ihrer Lösung die Akzeptanz einer neuen Ordnung. Darauf verwies bereits Eugen Varga bei der Analyse der Ursachen der Niederlage der ungarischen

³ Zur Spezifik des Konzeptes von Sozialpolitik in der DDR siehe Gunnar Winkler: Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung 1989 bis 2017. Bd. 1. [1985-1989], Berlin 2018, S. 9.

Räterepublik. Er meint, dass im Interesse des Bündnisses mit den LandarbeiterInnen, den Anforderungen aus der Desorganisation der Wirtschaft infolge des Krieges oder des notwendigen strukturellen Umbaus der Wirtschaft (Verringerung von Luxusproduktion z.B.) die Lebenslage des Proletariats nicht so schnell gehoben werden könne, wie man dies erwartet, ggf. auch ein Rückschritt eintreten könnte.

„Die ungarischen Arbeiter wollten aus Mangel an revolutionärer Schulung und einer organisierten kommunistischen Partei zugunsten ihrer Macht und der sozialistischen Zukunft nichts entbehren. Sie forderten die sofortige Erhöhung ihrer Lebenshaltung, und weil dies nicht möglich war, wendeten sie sich von dem Ideal der Proletarierherrschaft ab. Diese Stimmung der Proletarier wurde von den Gegenrevolutionären aller Schichten ausgenützt und war eine der Hauptursachen für den Sieg des rumänischen Angriffs.“⁴

Varga fordert an dieser Stelle, dass der „selbstbewußte Proletarier“ nicht nur kämpfen, sondern auch entbehren können müsse.⁵ Wie immer man im Detail zu dieser Analyse Vargas stehen mag, er verweist damit auf die zentrale politische Bedeutung der Verteilungsfrage und gleichzeitig auf die Bedeutung der Art, *wie* verteilungspolitische Entscheidungen entstehen. Der erstgenannte Punkt selbst ist vor allem im Zusammenhang mit dem Begriff „Mangelwirtschaft“ ausführlich diskutiert.⁶ Wie stark der Verteilungsaspekt wirkte, zeigt auch die Benennung von Problemen durch die Beschäftigten selbst. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1989 benennt neben der unzureichenden Durchsetzung des Leistungsprinzips, der unzureichenden Möglichkeiten der Realisierung der Arbeitseinkommen in Waren und Dienstleistungen auch mindestens zwei zentrale verteilungsrelevante Fragen:

⁴ E. Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, in: IPW (Hrsg.): E.S. Varga Ausgewählte Schriften 1918-1964 Erster Band: Der Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Akademie-Verlag, Berlin 1982, S. 72-176, S. 95ff.

⁵ ebenda S. 102

⁶ siehe Lutz Brangsch: Mangelwirtschaft II, in: Wolfgang Fritz Haug/et al. (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 8/II Links/Rechts bis Maschinenstürmer, Hamburg 2018, Sp. 1646–1657; eine Zusammenfassung der Diskussionen auch bei Karl Mai: Zur „Mangelwirtschaft“ in der DDR - Versuch einer systemtheoretischen Nachbetrachtung, Bremen 2006. <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m2406.pdf>

die Verbesserung der Lebensbedingungen Älterer als Problem, das die Beschäftigten in ihrem Gerechtigkeitsempfinden trifft, und die Umweltpolitik.⁷ Zentral, da sich immer wiederholend, ist aber das „Wie“, der Entscheidungsfindung, die Frage der Demokratie.

Spannungsverhältnis von Leitung, Planung und sozialen Zielen (Wirtschaftsmechanismus und soziale Politik)

Das eigentliche ökonomische Problem einer sozialen Politik liegt nicht in der Umverteilung als solcher. Es liegt in der Frage, ob die Politik insgesamt zwischen Ökonomischem und Sozialem in einer Art vermittelt, die beiderseitige Möglichkeiten und Begrenzungen in einer den verschiedenen gesellschaftlichen Subjekten verständlich macht und sie gleichzeitig anregt, die Begrenzungen in einer solidarischen Weise (nicht konkurrenzgetrieben) zu überwinden. Nur unter dieser Konstellation können aus dem Sozialen Triebkräfte, Interesse an Innovationen und Risikobereitschaft in einer tatsächlich sozialistischen Wirtschaft erwachsen.

Sozialpolitischen Entscheidungen musste eine Form gegeben werden, in der sie nicht nur als Gesetzesnormen, sondern als tatsächliche politische Aufgaben an den Staatsapparat, an die Betriebe und Organisationen übergeben und die gleichzeitig von den Individuen als die ihren verstanden werden konnten. Diese mussten dann von den Akteuren als Ziele, die in einer *sozialen Weise* zu erreichen waren, als handlungsrelevant angenommen werden, ohne dass die Resultate unmittelbar sichtbar werden würden; Sozialpolitik wirkt in der Regel langfristig

⁷ Frank Adler/et al.: Soziale Prozesse und Probleme der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR, in: Frank Adler/Klaus Glodde/Siegfried Grundmann/Horst Jetzschmann/et al. (Hrsg.): Wissenschaftlich-technischer Fortschritt - soziale Entwicklung. Soziologische Studien, Thematische Information und Dokumentation - Reihe A Heft 78. Berlin 1990, S. 36–69, S. 57ff. Zu den spezifischen Fragen des Lebens im Alter in der DDR Ende der 1980er Jahre siehe K.-P. Schwitzer/E. Schmidt: Entwicklung der Bevölkerung im Rentenalter bis zum Jahr 2010 in der DDR - Quantitative und qualitative Aspekte und Konsequenzen, Berlin: 1990. Zur sozialen Situation in der DDR 1990 generell siehe Gunnar Winkler(Hrsg.): Sozialreport '90: Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990

und vermittelt. Zudem sollten die Organisationen, die die sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen bestimmten, diese auch durchsetzen. Dahinter steht aber ein tiefergehendes Problem. Das Soziale und das Ökonomische werden in der Gesellschaft generell durch die *Interessen* der Subjekte vermittelt.

Welche Interessen bewegten die „Wirtschaft“ und die „ArbeiterInnen“? Die Wirtschaft der DDR war eine warenproduzierende Wirtschaft, ihre Subjekte (also die Betriebskollektive, EinzelunternehmerInnen, andere Selbstständige - Wirtschaftseinheiten) dementsprechend Warenproduzenten und ggf. LohnarbeiterInnen. Die Entwicklung des Realsozialismus zeigt, dass die Frage deren Stellung als Warenproduzenten die *entscheidende Schlüsselfrage* hinsichtlich der Dialektik von Ökonomischem und Sozialen ist. Beyer formulierte 1988 als Quintessenz der Debatten und wirtschaftspolitischen Suchprozesse seit Beginn der 1960er Jahre, dass ein „modern ausgestalteter sozialistischer Reproduktionsprozess der Wirtschaftseinheiten ..., der vor allem auf einer engen Verbindung von Wissenschaft, Produktion und Absatz beruhen muss“ die „wichtigste materielle Grundlage nicht nur für die Leitung und Planung, sondern auch eine entwicklungs- und voll funktionsfähige wirtschaftliche Rechnungsführung“ sei.⁸ Zwar wurde auch früher die zentrale Rolle des Betriebes in den Diskussionen betont, die gegenseitige Bedingtheit und Abhängigkeit zwischen Wirtschaftsmechanismus und Betrieb in dieser Weise wenig diskutiert. Entscheidend ist die gegenseitige Bedingtheit. Weder die Anpassung der Betriebe an die Bedürfnisse der Planenden und Leitenden, noch die Anpassung der Planung und Leitung an die Bedürfnisse der Betriebe kann der Weg zu einer sozialen Politik sein. Ob Widersprüche in Probleme und Konflikte oder in Dynamik umschlagen, hängt davon ab, inwieweit das *System von Leitung und Planung*

⁸ Vgl. Hans-Joachim Beyer: Die Vervollkommnung von Leitung, Planung und wirtschaftlicher Rechnungsführung - Wesenszug der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Aktuelle Beiträge aus der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung, Thematische Information und Dokumentation - Reihe A Heft 70. Berlin 1988, S. 11.

(Wirtschaftsmechanismus) diesen Widersprüchen Raum geben kann, wobei es dabei nicht (nur) um das subjektive Wollen der Leitenden und Planenden geht. Das ökonomische Problem einer *sozialistisch*-sozialen Politik besteht im Verhältnis zwischen dem Wirken der Warenbeziehungen mit ihren Kategorien (Wert, Preis, Geld, Kredit, Lohn usw.) und dem politisch zu vermittelnden Feld an Möglichkeiten menschlicher Emanzipation durch Planung, demokratische Entscheidungsfindung, Freiheit von Konkurrenz, kurz durch eine *gesellschaftliche* Aneignung von Produkten und Produktionsbedingungen.

Die Bewertung der Leistungen der Unternehmen und der Beschäftigten durch ein System von Kennziffern war der Schlüssel des Zugangs zu Ressourcen finanzieller und materieller Natur. Diese Kennziffern waren Kennziffern im Geldausdruck (als solche sind sie volkswirtschaftlich vergleichbar) *und* im Naturalausdruck (als solche werden sie in Bilanzierungsprozessen im Interesse der Wahrung der Proportionalität und der Bedarfsgerechtigkeit⁹ nutzbar). In beiden Fällen bleibt notwendigerweise die Bedürfnisbefriedigung bzw. der emanzipatorisch-soziale Aspekt jenseits der Mengenausdrücke unsichtbar. Aber spätestens seit den 1960er Jahren geht es in wachsendem Maße um die Qualität von Produkten, Leistungen und der Lebensweise. Auf der Seite der Beschäftigten stellt sich die Sache so dar, dass sie als Lohnarbeitende der nachwievor „knechtenden Arbeitsteilung“ unterworfen sind und gleichzeitig als BürgerInnen - (potenziell) politischer, gestaltender Akteur - produzieren und konsumieren. Dieser Zusammenhang wird aber wiederum vor allem über Geld bzw. Finanzen vermittelt, so im Lohn, in den betrieblichen Sozial- und Kulturfonds, selbst im Falle der Preissubventionen. Man produziert nicht „für sich“, die Arbeit bleibt tendenziell entfremdete Arbeit, mit allen Konsequenzen. Die gesellschaftliche Aneignung (also die Realisierung des sozialistischen Eigentums) über soziale Sicherungen und Leistungen, eine bestimmte Infrastruktur, die erwähnten

⁹ Joachim Kadler: Bedarfsgerechte Produktion unter den Bedingungen der umfassenden Intensivierung und Wege der Vervollkommnung ihrer Planung, in: Bedarfsgerechte Produktion und Neuerungsprozesse in der Herstellung technischer Konsumgüter, Thematische Information und Dokumentation - Reihe A Heft 72. Berlin 1989, S. 9.

Preissubventionen usw. können auch bloßer Konsum sein, führen nicht automatisch zu einem aktiven Verhalten. Politische Elemente, wie eben das System von Leitung und Planung können diesen Widerspruch nicht beseitigen, sie können ihn bewusst machen und Möglichkeiten schaffen, durch entsprechende Investitionen und durch Verwendung der betrieblichen Fonds (zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Veränderung der -inhalte) ihm Bewegungsraum zu schaffen. Offen bleibt dann wiederum, wie sich diese Aktivitäten zu den gesellschaftlichen Erfordernissen – etwa der Struktur- und Regionalentwicklung, den demografischen Veränderungen oder den ökologischen Anforderungen - verhalten. Selbst die Sozialpolitik *im* Betrieb und die Sozialpolitik *außerhalb* des Betriebes können so in Widerspruch zueinander geraten. Daher thematisiert Nick 1989, bei der Bestimmung der Eigenständigkeit der Betriebe das richtige Maß zu finden, die Grenzen zu bestimmen, an denen Eigenständigkeit, Eigenverantwortung und Eigenerwirtschaftung in eine Loslösung von gesellschaftlichen Interessen, gesellschaftliche in private Aneignung umschlägt.¹⁰ Ein weiterer Aspekt ist die Rolle des Wirtschaftsrechts, insbesondere die Stellung der Wirtschaftsverträge, von Plan- und Bilanzentscheidungen (nachträglich Eingriffe in bestätigte Pläne und damit in bestehende Verträge waren an der Tagesordnung). Der Ansatz, konsequent vom Betrieb als sozialistischem Warenproduzenten auszugehen, der durch Momente, wie den Zwang zur Eigenerwirtschaftung der Mittel, mithin zu einer bedarfsgerechten und rentablen Produktion, durch direktive Planvorgaben und (rechnergestützte) Bilanzen in die gesellschaftliche Reproduktion eingebunden ist, durch ein stabiles Rechtssystem verlässliche Reproduktionsbedingungen vorfindet (die Verantwortlichkeiten der Planungsorgane im Falle von Planänderungen einschließt) und so durch seine Abführungen an des Staatshaushalt, Menge und Qualität einer Produkte und Leistungen, die Bildung und Verwendung der eigenen Lohn- und Sozialfonds

¹⁰ Vgl. Harry Nick: Zur Verbindung von kollektiven und individuellen Interessen - wirtschaftliche Rechnungsführung und Leistungsprinzip, in: Wirtschaftswissenschaft, Vol. 37(6), S. 813–827

sowie innerbetriebliche Demokratie gesellschaftliche Aneignung vermittelt, wäre durchaus entwicklungsfähig gewesen. Der Rahmen für die Lösung der ökonomischen und sozialen Widersprüche wäre in jedem Fall weiter geworden. Gunnar Winkler betont 2018 rückschauend drei für den hier angedeuteten Zusammenhang von Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer Warenproduktion wesentliche Momente:

Erstens habe sich erst in den 1960er und 1970er Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass wirtschaftliche Entwicklung nicht automatisch, „sozusagen dem wirtschaftlichen Handeln immanent... den Interessen, Bedürfnissen und Bedarfen der Bürger“ entspricht. Dieser Aspekt wird in den späten 1970er und in den 1980er Jahren intensiv diskutiert, ohne dass konsequente politikwirksame Schlussfolgerungen gezogen werden. Zwar wurde auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 der Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik verkündet, die dafür notwendige genauere wissenschaftliche Fundierung entsteht allerdings erst in den späten 1970er und den 1980er Jahren. Klar wurde, dass eine hohe Dynamik wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung nicht ohne weiteres aus der Deklaration einer sozialen Ausrichtung der Wirtschaft und einer Realisierung von alten Verteilungsforderungen der Arbeiterbewegung resultieren wird, sondern aus einer anderen Lebensweise, die auch von Mehrheiten als erstrebenswert akzeptiert werden würde.

Zweitens existierte ein Widerspruch zwischen der Zentralisierung der Wirtschaft bzw. der Wirtschaftsleitung und einer stark dezentralen Sozialpolitik. Die *regionalen* Disproportionen und Ungleichheiten gerade im sozialen Bereich waren einer der in den Umbrüchen der Jahre 1989/90 relevanten Faktoren.

Drittens konstatiert er, dass sich die Konzeptionen von Sozialpolitik in den verschiedenen realsozialistischen Ländern unterschieden.¹¹ Dieser Aspekt spielte in den Diskussionen zur Dialektik von Sozialem und Wirtschaftlichem kaum eine

¹¹ Gunnar Winkler (2018) a.a.O., S. 7-9.

Rolle. Auch bei Beyer erscheint er lediglich dahingehend, dass das Ergebnis im Außenhandel in die Leistungsbewertung der Unternehmen mit eingehen müsse. Auf das Problem, dass sozialistische Wirtschaft nicht von vornherein global gedacht werden müsse, machte übrigens Kohlmey bereits in den 1950ern aufmerksam. Kohlmey ist einiger der wenigen Ökonomen, der sozialistische Wirtschaft konsequent als international vergesellschaftete Wirtschaft betrachtet.¹² Schon 1956 betont er, dass es bei der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten nicht nur um Warenaustausch gehen dürfe, sondern auch um die Produktionszusammenarbeit: „1. Die Spezialisierung und Kooperation von Produktionen (einschließlich Investitionen), 2. Den gemeinsamen Bau von Produktionsanlagen, 3. Die gemeinsame Leitung von Produktionsbetrieben durch mehrere sozialistische Staaten, 4. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.“¹³ Damit ist zwangsläufig auch, bei Beachtung nationaler Besonderheiten, die Frage nach einer gemeinsamen Sozialpolitik (generell und auf der betrieblichen Ebene) verbunden¹⁴ und auch die nach Werten und Preisen im Sozialismus. Unter den Bedingungen einer relativ schwachen Stellung des sozialistischen Weltmarktes im Weltmarkt insgesamt, der auf die Durchsetzung kapitalistischer Marktverhältnisse gerichtete Politik der internationalen Wirtschaftsorganisationen WTO, GATT usw.) und einer durchaus wirkungsvollen Boykottpolitik vor allem der USA und der EWG und deren Umfeldorganisationen in Bezug auf die internationale Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Hochtechnologien.

Die Veränderung der Produzierenden

¹² Gunther Kohlmey: Sozialistische internationale Wirtschaftsbeziehungen: Anfänge und Entwicklungen ihrer Theorie. Berlin 1989.

¹³ Ders.: Der demokratische Weltmarkt, Berlin 1956, S. 185f.

¹⁴ In diesem Sinne auch Günter Manz/Gunnar Winkler: Sozialpolitik, Berlin 1985, S. 15f.; siehe auch Helmut Koziolk/Otto Reinhold (Hrsg.): Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1989, S. 31.

Ausgehend von Forschungen zur Lebensweise betont 1988 Irene Falconere, dass die umfassende Intensivierung, also der historisch-spezifische Weg des Wirtschaftens, Voraussetzungen für ein „aktives, freies, selbstbestimmtes und sinnerfülltes Leben“ schafft. „Keineswegs bringt aber Intensivierung der Volkswirtschaft diese Lebensqualität ursächlich hervor. Beherrschung der eigenen Lebenszusammenhänge, produktive Einflußnahme auf das Leben und Wirken kleiner wie großer Gemeinschaften, Erfüllung bringende, reiche zwischenmenschliche Beziehungen – also die Art und Weise, wie die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen angeeignet werden – all das vermittelt durch subjektive Lebensorientierungen, durch Wertauffassungen und Motivationen. Diese aber sind primär das Resultat der Selbstveränderung der Menschen durch ihre praktischen Erfahrungen im gesellschaftlich organisierten Mitwirken an der ständigen Ausgestaltung der sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse in deren Komplexität – der Produktionsverhältnisse, der ideologischen Verhältnisse, insbesondere des Systems lebendiger sozialistischer Demokratie.“¹⁵

Wie weiter oben bereits bemerkt, entsprachen aber die Erfahrungen nicht völlig, oft in geringem Maße, den vermittelten Wertvorstellungen. Dies zeigte sich zugespitzt auch in der Frage der Geschlechterverhältnisse, der veränderten Familienarrangements und insbesondere der Veränderungen der Stellung und Ansprüche der Frauen.¹⁶

Aus Veränderung des Produktionsprozesses, insbesondere der Automatisierung, ergeben sich neue Möglichkeiten und neue Herausforderungen gleichermaßen.

Wenn Automatisierung das Interesse an Neuerungen und die geistige

Auseinandersetzung mit dem Produktionsprozess befördert sowie die Erkenntnis

¹⁵ Irene Falconere: Lebensweise im Spannungsfeld von wissenschaftlich-technischem, ökonomischem und sozialem Fortschritt - Standpunkte, Probleme und Ergebnisse von Lebensweiseforschungen am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1988, Berlin 1988, S. 32.

¹⁶ Erhellend ist in dieser Hinsicht eine Kontroverse zwischen Jürgen Kuczynski auf der einen und Jutta Gysi/Dagmar Meyer auf der anderen Seite aus dem Jahr 1989: Jürgen Kuczynski: Soziologie und Alltagsforschung, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1989, Berlin 1989, S. 148–157 sowie Jutta Gysi/Dagmar Meyer: Kontroverse zu Jürgen Kuczynskis „Soziologie und Alltagsforschung“, ebenda, S. 158–169.

der Notwendigkeit kontinuierlicher Produktion vermittelt¹⁷, muß der Wirtschaftsmechanismus geeignet sein, das Einbringen von Neuerungen zu erlauben und zu befördern bzw. die Kontinuität des Reproduktionsprozesses bis auf die betriebliche und Abteilungsebene sicherzustellen, gleichzeitig aber diese Bedürfnisse auch durch soziale Veränderungen anzuerkennen. Auch für den Produktionsbereich waren derartige Veränderungen sorgfältig untersucht, teilweise äußerst detailliert, etwa bezüglich des Übergangs von der Arbeit an klassischen Werkzeugmaschinen zu der an CNC-Maschinen.¹⁸ Obwohl der Anteil der Beschäftigten, die in diesem Bereich arbeiteten, noch äußerst gering war, zeigten sich gerade hier die Widersprüche zwischen Ökonomischem und Sozialem besonders deutlich. Dabei geht es nicht nur um Probleme zwischen „Oben“ und „Unten“, sondern auch zwischen den unterschiedlichen Kategorien von Beschäftigten.

Eine Studie aus dem Jahre 1989¹⁹ benennt, abgesehen von den Problemen im Bereich der individuellen Konsumtion, u.a. folgende Punkte, an denen diese Widersprüche erlebt wurden:

- das Nebeneinander von „alter“ und „neuer“ Produktion
- die Rolle der Intelligenz, die Funktion von wissenschaftlichem Personal in modernen Produktionsprozessen
- die Unterschätzung der Demokratie in Innovationsprozessen
- die technische Ausrüstung der Betriebe und der bauliche Zustand
- die Umweltsituation.

Im Ergebnis sehen viele der in Automatisierungsprozessen aktive Beschäftigte trotz ihrer grundsätzlich aufgeschlossenen Haltung und der Bereitschaft zur

¹⁷ Bernd Edelhoff: Automatisierung als neue Bedingung für die Wirksamkeit ideologischer Triebkräfte der sozialistischen Intensivierung, in: Probleme der konkret-historischen Erforschung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen, Thematische Information und Dokumentation - Reihe B Heft 60, Berlin 1987, S. 96–99.

¹⁸ Stephan Fischer: Wandlungen in Arbeitsbedingungen und Arbeitsanforderungen und ihr Einfluß auf das kulturell-technische Niveau von Produktionsarbeiten, in: Aktuelle kulturelle Fragen der Intensivierung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Thematische Information und Dokumentation - Reihe A Heft 71, Berlin 1988, S. 62–89.

¹⁹ Frank Adler/ et al. (1990) a.a.O. S. 41ff.

Selbstveränderung die Chancen zur Realisierung von Maßnahmen im Sinne des wissenschaftlich-technischen Fortschritts „skeptisch“ oder „zurückhaltend optimistisch“.²⁰

Wie sich in der Wirtschaft die Entwicklungspotenziale hin zu qualitativen Faktoren verschoben, vollzogen sich im Sozialen analoge Prozesse. Soziale Errungenschaften selbst entwickelten in ihrer Umsetzung in Bedürfnisse eine eigene Dynamik, die die ökonomischen Anforderungen veränderten. Dies beschreiben Seidel/Wetzstein für das Gesundheitswesen dahingehend, dass zu erwarten sei, „daß das Wissen um die Faktoren zur Erhaltung und Förderung der eigenen Gesundheit und Leistungsfähigkeit die Entwicklung der Persönlichkeit des Menschen und seine Einstellung zum Leben immer stärker prägen wird. Aspekte der Medizin und der Gesunderhaltung, die heute noch überwiegend das Gesundheitswesen allein trägt, werden in wesentlich stärkerem Maße die Öffentlichkeit und das individuelle Denken und Handeln erfassen. Der vorbeugende Gesundheitsschutz gewinnt an Bedeutung. Aber vorbeugende Maßnahmen ... führen auf Dauer nicht, wie man zunächst glauben könnte, zu einer Verringerung der Bedürfnisse nach medizinischer Betreuung. Ihr erwünschtes und erstrebtes Ergebnis ist eine oft erhebliche Verlängerung der durch Leistungsfähigkeit gekennzeichneten Lebensphase des Menschen. Über die damit einhergehende weitere Erhöhung der Lebenserwartung bringen sie jedoch letztendlich neue und in der Regel höhere Betreuungserfordernisse mit sich.“²¹

Schlussbemerkung

Das Verhältnis von Ökonomischem und Sozialem in der DDR ist auch durch das Paradox geprägt, dass Widersprüche und Probleme aus dem Bestreben

²⁰ Ebenda S. 58

²¹ K. Seidel/E. Wetzstein: Der Gesundheitsschutz der Bürger - ein sozialpolitisches Grundanliegen bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Alfred Keck/Günter Rudolph/Berndt Schirmer/Ulrich Schneidewind (Hrsg.): Planung und Ökonomie im Gesundheitswesen der DDR, Reihe Medizin und Gesellschaft, Berlin 1988, S. 14.

erwachsen, eine soziale Politik zu machen. Bleibende Erfahrung ist, dass dieser gute Wille ohne eine realistische Sicht auf die Bedingungen sowohl sozial als auch ökonomisch in einer Sackgasse endet. Betrieben die Selbstständigkeit zu geben, ist einfach; zentral ist die Frage, wie sie zu einer Wirtschaft solidarischen, emanzipativen Charakters zusammengeführt werden können. Die genaue Analyse der sowohl in den Betrieben als auch in der Gesellschaft präsenten realen Interessen/Verhaltensweisen, jenseits von Wunschdenken, ist dafür eine grundlegende Voraussetzung.